SATZUNG

über die Benennung von Straßen und das Anbringen von Straßennamenschilder in der Gemeinde Gernrode vom 10.06.1996

Aufgrund des § 19 Abs. 1 und § 2 der Thüringer Kommunalordnung -ThürKO- in der jeweils gültigen Fassung erlässt die Gemeinde Gernrode auf der Grundlage des Beschlusses des Gemeinderates vom 10.06.1996 folgende Satzung:

§ 1 Grundsatz

- (1) Die Benennung der im Gemeindegebiet dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken ist Angelegenheit der Gemeinde.
- (2) Die Entscheidung über die Benennung oder Änderung der Straßennamen trifft der Gemeinderat auf Grund der Empfehlung des zuständigen Fachausschusses und / oder auf Wunsch der Mehrheit der Anwohner.

§ 2 Straßennamenschilder / Hinweisschilder

- (1) Alle in § 1 benannten Verkehrsflächen werden durch blaue Namensschilder mit weißer Beschriftung gekennzeichnet.
- (2) Auf den Standort kommunaler Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten wird durch weiße (silberne) Hinweisschilder mit schwarzer Beschriftung hingewiesen.
- (3) Die Straßennamenschilder und andere Hinweisschilder werden von der Gemeinde beschafft, angebracht und unterhalten.

§ 3 Anbringung der Straßennamen- und Hinweisschilder Pflichten der Betroffenen

- (1) Die Straßennamen- und Hinweisschilder werden im Regelfall mittels Rohrpfosten auf Nebenflächen des öffentlichen Verkehrsraumes bzw. gemeindeeigenen Flächen errichtet.
- (2) Müssen in begründeten Fällen Straßennamenschilder auf oder an privatem Eigentum/ Grundstück angebracht werden, so haben die Betroffenen (Eigentümer von grundstücksgleichen Rechten und Besitzer von Grundstücken und baulichen Anlagen aller Art) das Anbringen von Straßennamenschildern gemäß § 126 BauGB zu dulden.

In diesen Fällen sind vor Anbringen der Schilder die Eigentümer und die Inhaber von Grundstücksgleichen Rechten zu benachrichtigen.

Schäden, die den Betroffenen durch diese Maßnahme entstehen, sind durch die Gemeinde zu beseitigen oder entsprechend dem Aufwand ist eine angemessene Entschädigung zu zahlen.

Straßennamenschilder dürfen durch die Betroffenen nicht geändert oder in ihrer Sichtbarkeit beeinträchtigt werden.

(3) Die Gemeinde bestimmt Art, Ort und Zeitpunkt der Anbringung der Straßennamenund Hinweisschilder.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich den in § 3 Abs. 2 dieser Satzung begründeten Verpflichtungen zuwiderhandelt und bestehende Schilder und deren Befestigung vorsätzlich beschädigt oder verändert.

§ 5 Nachweis der Straßenbenennung

(1) Alle am Tage des Erlasses dieser Satzung bestehenden Straßennamen werden bestätigt.

- (2) Der Bürgermeister führt das Straßenverzeichnis der Gemeinde.
 Bei sich ergebenden Veränderungen (Umbenennung, Neubenennung hinzukommender Straßen oder Wege) ist nach § 1 Abs. 2 dieser Satzung zu verfahren.
- (3) Allen zuständigen Behörden (z.B. Katasteramt, Einwohnermeldeamt, Ver- und Entsorgungsbetriebe) ist das Straßenverzeichnis und deren eventuelle Änderung oder Erweiterung zur Kenntnis zu geben.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

gez. Maria Lehmann Bürgermeister

- Dienstsiegel -

Satzung vom 10.06.1996 rechtskräftig seit:

27.07.1996